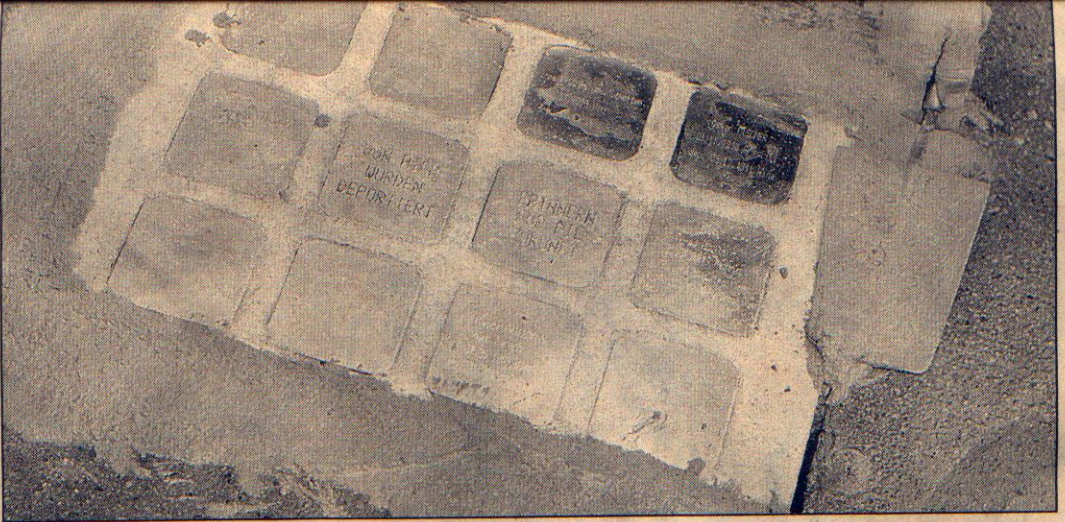


Gedenk-  
steine zur  
Erinnerung  
an Ver-  
triebene  
nach dem  
„Anschluss“  
im März  
1938: von  
der Stadt  
Wien  
geschätzt,  
aber nicht  
gefördert.

Foto: Newald



## Geschichtsbewusstsein im Gemeindebau

Initiativen zur Anbringung sog. „Steine der Erinnerung“ in städtischen Wohnhausanlagen steht die Verwaltung zwar wohlwollend gegenüber – nur für die Umsetzung fühlt man sich offenbar nicht zuständig. Zu Recht?

Peter Schwarz\*

Zum Sachverhalt, dem ich einiges an eigenem Erlebten, Erstrebten und Gedachten hinzufügen möchte: Florian Müller, Bewohner des Bermann-Hofs im 2. Wiener Gemeindebezirk, erfährt unlängst von fünf Personen, die aus dem Haus, das früher an dieser Stelle stand, während der NS-Zeit deportiert wurden. Herr Müller will mithilfe des Vereins „Steine der Erinnerung“ entsprechende Gedenktafeln verlegen lassen. Die Stadt Wien spricht er wegen der Finanzierung an, was aber abgelehnt wird (vgl. „Wiener Wohnen erinnert nicht“ – STANDARD-Bericht vom 31. 12. 2008).

Nun zu meiner Geschichte: Im November 2006 schlug ich anlässlich der Eröffnung des „Weges der Erinnerung“ vor, an allen im Besitz der Gemeinde Wien stehenden Wohnhäusern, aus denen Menschen während der NS-Zeit vertrieben bzw. deportiert wurden, entsprechende Gedenktafeln anbringen zu lassen. Diese Idee wurde vom damals anwesenden Stadtrat Mailath-Pokorny spontan aufgegriffen und befürwortet.

Ich schlug damals vor, dies innerhalb von zwei Jahren bis November 2008, dem 70. Jahrestag des Novemberpogroms, zu verwirklichen. In weiterer Folge wurde ich darauf hingewiesen, dass Stadtrat Ludwig zuständig sei, mit dem ich darüber auch ein Gespräch führen konnte. Auch er befürwortete diese Idee, und es wurde Frau Bailer-Galanda, die wissenschaftliche

Leiterin des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands, eingebunden, um möglichst viele konkrete Namen von aus Gemeindebauten Vertriebenen oder Deportierten zu eruieren. Seither hörte ich nur sporadisch von kaum nennenswerten Entwicklungen in dieser Angelegenheit. Einmal wurde von einer Reduzierung auf zehn Gemeindebauten, zuletzt von fünf allgemeinen Tafeln an ausgewählten Gebäuden gesprochen, die keine Namen enthalten sollten.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Idee, an allen Gemeindebauten an konkrete NS-Opfer zu erinnern, kein Anliegen der Gemeinde Wien und der angesprochenen Stadträte wäre. Beide Stadträte sind mir als in ähnlichen Angelegenheiten sehr sensibel und geschichtsbewusst bekannt. Und: Alle damit Befassten teilen die Einschätzung, dass die Hinweise auf Einzelschicksale, bei gleichzeitiger Vermittlung der großen Gesamtzahl der Betroffenen, heutigen und künftigen Generationen die ungeheuerliche Dimension der NS-Verbrechen nahebringen können. Es soll solcherart sichtbar werden, dass Menschen – Nachbarn – aus allen sozialen Schichten und aus unterschiedlichen Gründen Opfer wurden. Wie sonst will man Jugendliche gegen menschenverachtende Ideologien, Intoleranz immunisieren, wenn nicht durch eine Vielzahl solcher Initiativen?

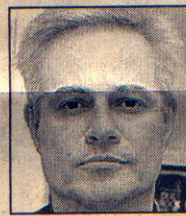
Gleichzeitig gilt es, privates Engagement für Projekte ähnlich denen in der Serviten-, Neudegger- oder Herklotzgasse und nun dem im Bermann-Hof zu fördern. Es ist im höchsten Maße wünschenswert, dass Bewohner/innen von „Grätzeln“ oder Wohnhäusern die Geschichte ihrer Umgebung „aufarbeiten“ und bleibende, sichtbare Resultate einer solchen Auseinandersetzung langfristig weiterwirken.

Zu guter Letzt geht es auch um den Umgang mit Überlebenden der NS-Gewalt. All diese aus religiösen, ethnischen oder politischen Gründen Verfolgten und deren Nachkommen können sich in diesem Österreich, in diesem Wien

nur zu Hause fühlen, wenn der Umgang mit den Schicksalen der Betroffenen ein respektvoller ist. Schon um Wiederholungen dieses wohl dunkelsten Kapitels unserer Geschichte zu verunmöglichen, dürfen die Verfolgten – von denen viele gar kein Grab haben – nicht dem Vergessen anheimfallen. Es muss erkennbar werden, dass die heutige Gesellschaft

einen würdigen Umgang – auch – mit jenen gefunden hat, die damals mithilfe der Stadt Wien aus den von ihr verwalteten Häusern vertrieben und deportiert wurden.

Ich bin mir ganz sicher, dass der gute Wille und die Mittel zur Umsetzung der Ideen von Herrn Müller und auch der meinen in der Stadt Wien vorhanden sind.



Vertraut auf  
„guten Willen“  
der Gemeinde:  
Peter Schwarz.

Foto: Esra

\*Peter Schwarz ist Geschäftsführer von Esra, einem psychosozialen Zentrum, das unter anderem NS-Überlebende und in anderer Weise Traumatisierte betreut.